

# Freie Presse

Nr. 57

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

3. Jahrgang

## Die Zwangswirtschaft.

Dieser Tage hat der Sejm mit 150 gegen 79 Stimmen den Regierungsentwurf über den Zwangsankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse fast unverändert in dritter Lesung angenommen. Damit ist ein innerpolitisches Ringen zum Abschluß gekommen, das Regierung und Parteien, Presse und Öffentlichkeit mehr als ein Jahr lang immer wieder eifrig beschäftigt hat. Das Problem, die Ernährung der künftigen Bevölkerung zu einigermassen erschwinglichen Preisen sicherzustellen, die trotz des auf dem freien Markt vorhandenen Lebensmittels mangels teilweise unter ärgerlicher Knappheit und Mangel litt, ist damit einer Lösung nähergebracht.

Schon der erste Mann, der im ersten Kabinett der polnischen Republik unter Moraczewski das dornenvolle Amt des Versorgungsministers bekleidete, Minkiewicz, war ein Anhänger der Zwangswirtschaft. Er beabsichtigte, allenfalls das Brotgetreide und die Kartoffeln zu von der Regierung festgesetzten Zwangspreisen in der erforderlichen Menge zu beschlagnehmen und unter Aufsicht der Verwaltungskosten in den Städten zu verteilen. Minkiewicz überlebte zwar den Sturz der Regierung Moraczewski und gehörte als tüchtiger Fachmann noch sehr lange dem Kabinett Paderewski an, doch vermochte er bei der Schwäche der einen Zwangswirtschaft feindlichen Vintsparteien im Reichstage gegenüber den stark vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und der Bauern seine Pläne nicht zu verwirklichen. Im kritischen Augenblick, als die Frage „Zwangswirtschaft oder Freihandel“ im Sejm aufgeworfen wurde, trat er zurück und wurde durch den freihändlerischen Minister Sobanski ersetzt.

Nur ganz kurz währte dieser Sieg der agrarischen Eigeninteressen. Schon die nächste Debatte veranlaßte Sobanski zur Demission; ihm folgte Stanislaw Skwinski, der nach Paderewskis Rücktritt auch im Kabinett Skulski das Versorgungsministerium bekleidete. Er ging in der Frage der Zwangswirtschaft einen Mittelweg, der durch die Anpassung der Preise an die in den einzelnen Gegenden verschiedenen Produktionskosten und durch Freilassung der Kleinbäuerlichen Wirtschaften von direkten Zwangsmaßnahmen eine Mehrheit für sich erreichen konnte, wie die unumkehrbare Annahme des Gesetzes erwiesen hat. Besonders hervorzuheben verdient, daß entgegen vielfachem Verlangen die Grenze der Wirtschaften, deren Produktion nicht dem Zwangsankauf unterliegt, in den Kommissionsberatungen erheblich heruntergedrückt worden ist. Lediglich Wirtschaften bis zum Umfang von 25 Morgen bleiben in ihrer Produktion von der Zwangsablieferung frei; bei ihnen behält sich die Regierung jedoch das Recht des Erstkaufes vor.

Die Ungleichheit der Uebnahmepreise in den einzelnen Gebieten Polens, die besonders in den Großpolen sehr unliebsam empfunden wird, scheint in Aussicht auf die außerordentlich verschiedenen Produktionskosten beibehalten zu bleiben, doch hat der Sejm nach der Annahme des Gesetzes die Regierung aufgefordert, für eine den Kosten tatsächlich angemessene Preisfestsetzung Sorge zu tragen.

Wegen die polnische Finanzpolitik, die das dauernde Wachsen der Preise hervorruft, da sie die Entwertung des Geldes fördert, wendet sich der „Diennit Osniti“ mit folgenden Ausführungen: Die Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten sei in größerem Umfange unmöglich, solange die polnische Währung nicht geregelt sei. Infolge des Mangels jeglicher rationaler Steuerpolitik in Kleinpolen und noch mehr in Kongresspolen überwiegen die Ausgaben des polnischen Staates bedeutend die Einnahmen. Das Defizit wäre zwar teilweise durch Ausgabe von Banknoten gedeckt, doch vermehrt dies die immer erneute Emission den Wert des Papiergeldes. An einer neuen Steuerpolitik fehle es. Der Sejm habe zu wenig begreifen von der Entwertung der Geldkraft. Ferner habe auf die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Produktion die bezugsfähige Währung von dem unzureichenden Einfluß ausgeübt; in der oben Weise würde auch die Durchführung der landwirtschaftlichen Arbeit, die eine Folge ständiger Entwertung und nicht das Ergebnis eines hohen Lohnes sein müßte. Der Hauptgrund ist die wachsende Entwertung, die jedoch die übertragene Menge des Papierge-

des. Der Staat gebe fortwährend Banknoten aus, ohne im Besitze eines entsprechenden Vermögens zu ihrer Deckung zu sein, das allein den Wert des Geldes aufrecht erhalten könnte.

## Die Aufgaben der polnischen Außenpolitik

betrachtet der „Kurjer Pozanski“ in einem Leitartikel „Probleme“. Die Koalition Englands, Frankreichs, Italiens, Amerikas, mit der Polen zusammengeht, werde nach Erreichung ihres Zieles — Befreiung der deutschen Gefangenen — wieder schwächer werden. Dann taucht für Polen das Problem der Gestaltung seiner Beziehungen zu Deutschland und Rußland auf. Die geschichtliche Rolle als Peiler des Slaventums gegenüber dem Deutschland dürfe Polen nie vergessen; es müsse seinen Anstoß an das gleichfalls slavische Rußland suchen. Aber in den einflussreichen politischen Kreisen schließt sich an die Stelle einer polnisch-russischen Verständigung das Problem der Trennung Rußlands von Polen durch sogenannte Pufferstaaten: Litauen, Weißrußland und Ukraine.

Wer garantiert aber, daß diese Pufferstaaten morgen nicht auf die Seite Rußlands übergehen, oder für unseren Staat eine ähnliche Rolle, wie die Ruthenen für Galizien spielen werden? Es bliebe also als einzige, der Sachlage angepasste Lösung eine Verständigung mit Rußland, die nicht nur möglich, sondern auch für beide Seiten nützlich sei.

## Der estnisch-bolschewistische Friedensvertrag.

Der Friedensvertrag zwischen Estland und Rußland enthält nach dem „Temps“ die folgenden wichtigsten Bestimmungen:

Rußland anerkennt ohne Vorbehalt die völlige Unabhängigkeit und Souveränität Estlands und verzichtet auf alle Rechte gegenüber der Bevölkerung und dem Gebiet Estlands. Sollte Estland durch das internationale Recht als neutral anerkannt werden, so verpflichtet sich Rußland diese Neutralität zu achten. Rußland verzichtet auf jegliche Kompensation für das Eigentum des früheren russischen Staates in Estland. Rußland zahlt an Estland 15 Millionen Rubel in Gold, davon acht Millionen im Laufe des ersten Monats und sieben Millionen in den zwei nächsten Monaten nach der Ratifizierung. Die russische Regierung gibt alles estnische Eigentum, das nach Rußland gebracht worden ist, wie Bibliotheken, Archive usw., besonders aber die Sammlung der Dorpat-Universität, an Estland zurück. Die Handelsbeziehungen werden eine besondere Kommission regeln. Der Handelsverkehr wird sich ohne Einschränkungen vollziehen. Rußland erhält in den estnischen Häfen besondere Lager und Speicher. Estland erhält direkte Eisenbahnverbindungen mit Moskau, wogegen Rußland das Recht zugesprochen wird, die Wasserfälle der Narowa durch technische Anlagen auszunutzen. (Die Narowa, der Ausfluß des Peipus-Sees zum Meere bildet die estnisch-russische Grenze). Der Austausch der Ratifizierungsurkunden soll baldmöglichst in Moskau erfolgen. Vom Tage der Ratifizierung an tritt der Vertrag in Kraft.

## Die Sowjet-Ukraine für einen Frieden mit Polen.

Das Pressebüro Prag meldet aus Moskau: Der Vorsitzende des Zentralvollkommensschusses und der Rat der Volkskommissare in der Ukraine hat in einem an alle Volksregierungen gerichteten Funkpruch erklärt, das revolutionäre Komitee habe seine Arbeiten beendet und der Zentralrat Ukrainaschisch sowie der Rat der Volkskommissare in der Ukraine übernehmen wieder die Regierungsgewalt in der ukrainischen Sowjetrepublik. Die Regierung belunde ihren festen Willen, die Unabhängigkeit der Sowjet-Ukraine zu verteidigen und mit allen Nationen und Staaten in Frieden zu leben. Sie betraute die Bräutigam des Abchlusses eines Friedensvertrages mit Polen in Uebereinstimmung mit der Erklärung der russischen Sowjetrepublik vom 2. Februar als notwendig. Die ukrainische Sowjetregierung habe nicht die Absicht, irgend eine aggressive Politik gegenüber den Nachbarn zu führen oder durch Gewaltmittel und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer

Staaten auf den Willen ihrer Volksgenossen einzuwirken.

## Kostow wieder von den Freiwilligen besetzt.

Berlin, 25. Februar. (Pat.)

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London, daß einem Bericht des englischen Kriegsministeriums zufolge, die russische Freiwilligen-Armee Kostow a. D. wieder besetzt habe. Die Bolschewiken verloren 1200 Mann an Gefangenen, 22 Geschütze und eine große Menge Kriegsmaterial.

Einer Meldung aus Poldhu zufolge, hat England den Plan, Baku zu räumen, vorläufig aufgegeben.

## Eine neue Regierung Denikins.

London, 26. Februar. (Pat.)

„Daily Telegraph“ erfährt aus Moskau, daß am 18. d. M. Denikin eine neue demokratische Regierung gebildet, an deren Spitze der ehemalige Präsident der Volksversammlung der Don-Rosaken Melnikow steht.

## Lenin will um Konstantinopel kämpfen?

Wien, 26. Februar. (Pat.)

Das Rott. Büro meldet aus Washington: Der „New-York Herald“ erfährt aus Paris, daß dort eine bolschewistische Broschüre erschienen sei, in deren Verfasser Lenin vermutet werde. Es wird darin die Frage aufgeworfen, warum die Verbändmächte über die Balaust Konstantinopels beraten, da doch im Jahre 1915 Konstantinopel Rußland als Kompensation für dessen militärische Hilfe zugesprochen worden sei. Rußland verlange Konstantinopel nach wie vor und ist eventuell bereit, darum zu kämpfen.

Einer Meldung aus Lyon zufolge, haben die englischen Schiffe, die vor Konstantinopel stehen, am Montag eine Abteilung Infanterie und Marinesoldaten an Land gesandt.

## Die Kriegsverbrechen der anderen.

Paris, 25. Februar.

Bailant-Conturier fordert im „Populaire“ alle die Kameraden, die noch Grenelaten im Gedächtnis haben, die auf französischer Seite auf Befehl begangen wurden, auf, diese mitzuteilen damit er sie veröffentlichen könne. Er habe Offiziere gekannt, die sich gerührt hätten, deutsche Kriegsgefangene niedergeschossen zu haben, um ihren Revolver zu prüfen. Bailant sagt: „Ihr habt alle die feindlichen, von unseren schwarzen Soldaten verführten Leichen gesehen, ihr habt auch gesehen, wie sie mit welcher Befriedigung die Weissen davon gesprochen haben, die sie zum Angriff führten. Ich kenne die Namen von französischen Kommandanten, die in einer Schlacht deutsche Kriegsgefangene, die entworfen waren, füllten ließen und die für diese Tat ein Bannement erlangten. Ich kenne einen Reiter, der von seinem Pferd gesprungen ist, um mit einem Revolver einen Bayern niederzustrecken, der unter guter Bewachung in einer Schlucht vor ihm hing. Ich habe auch gesehen, wie man verwundete getötet hat, und habt ihr nicht die Witwen Granaten gekannt? Welcher Infanterist hat bei uns nicht die Patronen abgeschnitten und angedreht? Diese Taten müssen klassifiziert werden. Wir müssen beweisen, daß keine Art, zu töten, uns fremd war. Wenn wir das tun, dann werden wir wieder die Deutschen, noch die Engländer, noch die Bulgaren sein, sondern wir nehmen nur einen Anteil an der zahlreichen Schweinerei, und wir entziehen uns ein bißchen weniger, indem wir zugeben.“ Bailant-Conturier sagt schließlich: „Wir verlangen schon seit langem für alle Schalligen aller Länder ein internationales Gesetz, zusammengefasst aus Arbeiten und ehernen Soldaten.“

## Die besetzten deutschen Gebiete.

Norddeich, 26. Februar. (Pat.)

Der Bonchner Korrespondent des „Matin“ meldet, daß die Debatten in der Wiederherstellungskommission in den letzten Tagen große Erregung hervorgerufen haben. Die Vertreter aller Verbändmächte, mit Ausnahme Belgiens, protestierten gegen die Verlängerung der Okkupation der von Frankreich besetzten deutschen Gebiete. Jonard war nicht imstande, dagegen zu opponieren. Sein Nachfolger Polcaré wird einen schweren Stand haben.

## Finnland und der Völkerbund.

Kopenhagen, 25. Februar.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Der finnische Minister des Äußeren veröffentlicht eine Erklärung über die Stellung Finnlands zum Völkerbund. In der Erklärung heißt es, daß die finnische Regierung, wenn der günstige Zeitpunkt gekommen sei, alle notwendigen Maßnahmen treffen werde zum Anschluß Finnlands an den Völkerbund. Dieser Zeitpunkt sei jedoch noch nicht gekommen, da der Völkerbund noch nicht errichtet sei.

## Sotales.

Lodz, den 27. Februar.

Lebensmittel und Lokomotiven aus Amerika. Das Versorgungsministerium erhielt, dem „Monitor Polski“ zufolge, die telegraphische Nachricht aus New York, daß bis zum 16. d. M. folgende Schiffe aus amerikanischen Häfen abgedampft sind: am 10. d. M. aus New-York „Wielka“ mit 1500 Tonnen Fett und 1100 T. Mehl, am 14. aus Norfolk „Saglay“, am 13. aus Philadelphia „Woodmansee“ und am 16. d. M. „Balsam“ mit Mehl und Lokomotiven an Bord. Die Ladung dieser Schiffe ist für die polnische Regierung bestimmt. Ihre Ankunft in Danzig wird im Laufe der nächsten 2—3 Wochen erwartet.

Nur ein Viertelfund Bohnen wird für Abschnitt 5 der 118. Karte ausgesetzt. Die Nation mußte wegen Ausbleibens der erwarteten Sendungen verringert werden.

Rohle in — Postpaketen. Verschiedene Lodzer Einwohner, die in Sosnowice Verwandte oder Bekannte besitzen, wurden durch die postamtliche Andeutung überrascht, daß für sie Postpakete eingetroffen seien. Ihre freudige Ueberraschung wurde noch viel größer, als sie den Inhalt der Pakete ansahen. Die Pakete bestanden nämlich aus nichts anderem, als — Kohlen, schönen glänzenden schwarzen Diamanten. Bei dem hohen Preise, den die „schwarzen Diamanten“ heute erreicht haben und dessen sich unter normalen Verhältnissen sogar die ersten Diamanten nicht zu schämen brauchen würden, lohnt es sich schon, das immerhin hohe Postpaketporto zu bezahlen und die Kohlen aus dem Grubengebiet zu beziehen.

Was wird verfaßt? Wer öfters das Lodzer Postamt besucht, wird gewiß bemerkt haben, daß zu jeder Tageszeit unzählige Postpakete abgehandelt werden. Bei dem allgemeinen Mangel, der in Lodz herrscht, muß es gewiß auffallen, daß Tausende von Postpaketen (nicht Liebesgaben an Soldaten) wöchentlich von hier abgehen. Da es in Polen Gegenden gibt, wo die Teuerung noch größer als bei uns ist, lohnt es sich schon, Waren, deren Ausfuhr aus Lodz verboten ist, mittels Postpaket auszuführen. Daß dadurch die Allgemeinheit geschädigt wird, haben sich die Verfaßer dieser Pakete wohl nicht klar gemacht. Es fragt sich nun, wie eigentlich die Behörden über diese Ausfuhr denken!

Stadtschuldenverwaltung. In der Sitzung der Stadtschuldenverwaltung vom 25. d. M., wurde der Magistrat beauftragt, die Verhältnisse betr. die Veranschlagung des städtischen Gaswerkes, des Elektrizitätswerkes sowie des Baues von billigen und hygienischen Wohnungen für die unbemittelte Bevölkerung von Lodz schnellmöglichst zu verwickeln. Bei der Beratung des Haushaltsplanes (Budget der Schuldenverwaltung) erklärte der Vorsitzende, daß zu dieser Frage verschiedene Anträge eingekommen sind, so u. a., daß der Unterricht in den städtischen Mit-



tefhalen unentgeltlich sein soll, die Posten über die von den Schulleitern einzufordernde Miete zu freigeigen seien, und die unvorhergesehenen Einnahmen auf 10 000 Mark erhöht werden sollen. Nur der letzte Antrag wurde angenommen. Auf diese Weise werden die Einnahmen in Titel 1. Nr. 3 385 595, die Ausgaben Nr. 120 975 betragen. Ferner wurden folgende drei Anträge beschlossen: 1. der Antrag des „Bund“ wegen Ausweisung bestimmter Summen für den jüd. Religionsunterricht; 2. der jüdischen Fraktion wegen Bewilligung von Mitteln für den Unterricht der hebräischen Sprache; 3. der W. P. S. auf Einführung von weltlichen Schulen. Die ersten beiden Anträge wurden mit Stimmenmehrheit abgelehnt, hinsichtlich des 3. Antrags beschloß das Haus zur Tagesordnung überzugehen.

**Zollgebühren.** In Sachen des vom 20. Februar d. J. geltenden Apio's für die Differenz zwischen der Gold- und Papiervauluta in Höhe von 900 v. P. die Zollsätze wird das Finanzministerium höchstwahrscheinlich den Antrag des Börsener Industrie- und Handelskammer wegen stimmungsmäßiger Anwendung der in § 1 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über die Zolltarif entbaltenen Uebergangsbestimmungen insoweit statgeben, daß diese Gleichsetzungen auch Anwendung finden werden auf die vor dem Inkrafttreten der Verordnung über die Zolltarifhöhung zur Bahnfracht aufgegebenen oder an diesem Tage in Zoll- oder privaten Speichern liegenden Güter.

Telegramme ins Ausland mit bezahlter Rückantwort werden nur dann angenommen, wenn aus dem Inhalt hervorgeht, daß eine Antwort unbedingt erforderlich ist. Die Antwort darf beim gewöhnlichen Telegramm nicht mehr als 30, beim Eiltelegramm nicht mehr als zehn Worte enthalten.

**Postfachverkehr.** Die Verhandlungen betreffend Einführung des Postfachverkehrs zwischen dem ehemaligen preussischen Teilgebiet und den übrigen Theilen der Republik sind bei den Warschauer Behörden im Gange und dürften in aller nächster Zeit im günstigen Sinne zum Abschluss gebracht werden.

**Vieferungsangebote an Polen.** Bei d  
Posener Industrie- und Handelskammer sind au  
den Vereinigten Staaten, Griechenland, Est  
und Deutsch-Oesterreich Angebote zugegangen a  
Vieferung nachstehender Waren nach Polen: L  
bensmittel, Würste, Schinken, Fleischkonserve  
getrocknete Fische, Seisen, Milchconserven, Kä  
Kaffee uhm, Colophonium, Terpentin, Alkoh  
Schwefelsäther, Heilkräuter, Transmissionsrele  
aus Leder aller Abmessungen, Elfdre  
Schräpfe, Wundsalben. Der Kammer sind A  
fragen zugegangen wegen Vieferung nach de  
Auslande folgender polnischer Produkte: W  
und Geflügel, Härtten, Paraffin, Eisenbo  
Bettfedern, Körbe, Fässer, Tapeteile, Silberware  
Bijourien, Terpentin und Pech in größeren M  
gen, Holzartikel, Spielwaren und Puppen, D  
samen in größeren Mengen.

**Besichtigung der Gasanstalt.** Am kommenden Sonntag, den 29. d. M., werden die Stadtverordneten die Gasanstalt besuchen. Der Punkt der Stadtverordneten in der Gasanstalt Targowiastraße 32, um 10 Uhr früh. Die Besichtigung beginnt pünktlich um 10 $\frac{1}{4}$  Uhr.

**Ernennung.** Der frühere Untersuchungsrichter in Bencynca Stefan Jarzembki wurde als Kreisrichter in Rada ernannt.

Ein Heim für die Veteranen von 18  
Im Bloßwinkel wurde ein Heim für die Vete-  
ranen von 1863 eröffnet, in das nur diejeni-  
gen Veteranen aufgenommen werden, die keine Pen-  
sion und keine Mittel zum Lebensunterhalt  
haben. Die Lodger Section für Invalidenärzte

gibt bekannt, daß diejenigen der bereits registrierten Veteranen von 1863, die in das Heim in Blaslaw aufgenommen zu werden wünschen, sich im Sektionsbüro in der Evangelienstraße 17 anmelden haben.

**Wiederanstellung von Ruhegehalt-**  
**empfängern.** Die Starosten und der Komman-

dant der Staatspolizei erhielten vom Ministerium  
ein Rundschreiben, das die Frage der Wiederan-

stellung von Pensionsbeziehern in den Staats-

dienst klärt. Die Anstellung solcher dienstfähiger

Personen könne nur im Interesse des Staates

stehen.

Gründung des deutschen Gymnasial-  
Vereins in Jägerz.

Am verfloffenen Sonntag, 4 Uhr nachmittags, fand die durch den Gründungsausschuß einberufene Hauptversammlung statt. Herr Ferdinand Swatke eröffnete die Sitzung, worauf zum Leiter der Versammlung Herr Artur Bernhardt durch Zufall gewählt wurde. Den Berammelten wurden die Sitzungen des Gymnasialvereins, die am 29. December 1919 durch den Herrn Finanzminister befestigt wurden, vorgelesen. Hierauf beleuchtete Herr Bernhardt in einer längeren Ansprache die rechtliche und materielle Lage des Gymnasiums und wies auf die Notwendigkeit der Unterstützung seitens der breitesten deutschen Bevölkerungsschichten von Baiern und Umgebung hin. Obwohl heutzutage die wirtschaftlichen Zustände so vieler Eltern sich unheimlich genug gestalten, gilt trotzdem auszuhalten, und das einmal begonnene Werk nicht in Verfall kommen zu lassen. Insbesondere sollten die deutschen Arbeiter dem Gymnasium ein offenes Zutrauen entgegenbringen. Die Gründer haben sich die Schule für die sämtlich deutsche Bevölkerung von Baiern gedacht, sie nicht einer einzelnen gesellschaftlichen Klasse oder Partei dienen. „Dem Tüchtigen freie Bahn!“ möge es heißen, ganz unabhängig davon, ob Fabrikanten, ob Arbeiter, ob Bauernsind. Wir leben in dem Zeitalter der Demokratie. Alle Stände und Klassen sollen nur ihr wogegenwärtiges Interesse der guten Sache entgegenbringen, damit das Gymnasium weiterhin gedeihe und eine starke zu unserem und unserer Kinder Wohl und Segen.

Darauf erstattete der Leiter der Schule, Herr Gustav Mielke, Bericht über den wirtschaftlichen Teil der Schule im laufenden Halbjahr. Er gab auch einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Gymnasiums. Im September 1917 wurde das Gymnasium mit 3 Vorklassen und der ersten Gymnasialklasse bei 10 Schülern eröffnet; im Jahre 1918 wurde die zweite Gymnasialklasse eröffnet, die Schülerzahl stieg auf 87; im Jahre 1919 kam die dritte Gymnasialklasse hinzu und die Zahl der Schüler betrug gegenwärtig 117, obwohl durch Wagnis einiger Eltern, das Gymnasium 18 Schüler verloren hat. Die Bedingungen und Aussichten einer günstigen Entwicklung des Gymnasiums sind augenscheinlich vorhanden. Von dem guten Willen der Eltern und der zureichenden Arbeit des Vorstandes wird das weitere Gedeihen der Schule im großen-maßen abhängig sein. In der festen Hoffnung, daß heides zur Gänze vorhanden sein wird, schloß Herr Mielke seine Ausführungen.

Hierauf ergriff Herr Lehrer Dreger d  
Wort und wies auf die ideelle Seite  
Gründung einer deutschen Mittelschule hin.  
hob die widernatürlichen Erziehungs- und  
Verhältnissverhältnisse der russischen Schule und  
daraus folgenden traurigen Ergebnisse her  
Lehrer und Schüler waren gezwungen, einer  
ständig fremden Sprache sich beim Unterrichts  
behelien. Wie mannelhaft, mühsell die Vernach

von flatten ging, dessen werden sich alle ehemal-  
gen Böglinge der russischen Schule gut erinnern.  
Der blutige Krieg brachte aber in dieser Hinsicht  
einen Wandel: heute können wir von der lieben  
Muttersprache im Unterricht freien Gebrauch  
machen. Das Kind wird nicht durch fremde,  
ihm unverständliche Bante zurückgeschreckt, einge-  
schüchtern. Der Lehrer kann mit Wohlgefallen  
den von ihm ausgestreuten Seifensamen keimen  
und aufgehen sehen. Freude an seiner Arbeit  
und Liebe zum Beruf haben. Darum können  
auch Eltern, die ihre Kinder lieb haben, dieselben  
nur der Schule anvertrauen, wo der  
Unterricht in der Muttersprache des  
Kindes erteilt wird, in der Sprache, in  
der Vater und Mutter zu Hause zum Kinde  
sprechen. Dieser Beisatz gilt allen Alters- und  
Bildungsstufen. Nicht nur die Volksschule soll  
dies hohe Vorrecht genießen, sondern auch die  
Mittelschule. Vornehmlich uns Deutschen in  
Polen sind Mittelschulen mit deutscher Unter-  
richtssprache vorzuziehen, sollen wir nicht sparlos  
im fremden Volkstum untergehen. Auch dem  
Mangel an intelligenten Leuten: Aerzten, Rechts-  
anwälten, Lehrern, Pastoren, die hier in  
Polen sich hodenständig und heimisch fühlen  
sollen, am mitgeerbten Glauben und ihrer  
Muttersprache bewacht festhalten, muß Abhilfe  
geschaffen werden. Gewiß fordert eine deutsche  
Mittelschule, die leider von der Regierung  
keine Geldunterstützung bekommt, von Seiten  
der Eltern und Gönner ansehnliche Opfer. Aber  
was man gern hat, dem opfert man auch manch  
freiwillige Gabe. Und es wäre wirklich ein schlec-  
hes Zeichen unseres völligen Bewußtseins, wenn  
wir aus Furcht vor materiellen Opfern die gute  
Sache im Stiche ließen. Dies ist wohl kaum an  
zunehmen, der harte Geist unserer Väter, die  
Liebe zu ihrer Art und Sprache lobdern, wenn  
auch manchmal nur schwach, dennoch in unsere  
Brust. Zweifelsohne wird jeder deutsche Vater  
und jede deutsche Mutter das ihrige zum wei-  
teren Bestehen und Erstarken des Gymnasiums  
beitragen

Der Herr Schulleiter ergänzte diese Ausführungen noch dahin, daß er auf die heilsämgliche Äußerung über den Stand des Gymnasiums von Seiten des ministeriellen Schulvisitors hinwies, den der Schulbetrieb völlig befriedigte und der des weiteren der Schule Glück und Gedeihen wünschte.

Die recht zahlreiche verzögerten Eltern und Gönner nahmen sämtliche Ausführungen beifällig auf. Es wurde zur Wahl eines neuen Schulobmannes geschritten. Die Wahlen erfolgten durch Zurufe und ergaben: die Herren: F. Smolke, W. Hoffmann, R. Benisch, A. Gitzka, S. Stribuit, A. Bernot, K. Kiegel, R. Vogel, R. Langkatz, H. Weurton; die Damen: Frau Romanhofmann, Frau Leopold Breuschneider, Frau Robert Ernst, Frau Alex Schürich in den Vorstand und die Herren: Ado Wittmann, Robert Lubnau und Dr. v. Stille in die Revisionskommission.

Als ein sehr erfreuliches und vielversprechendes Anzeichen muß die stattgegebene Veran-  
 lung angerechnet werden. Ertrachte Sie den  
 Beweis, daß der Sinn für gemeinnützige  
 menschenfreundliche Zwecke in unseren deutschen  
 Kreisen noch reichlich vorhanden ist; daß die  
 Einsicht, nicht nur materiellen Gütern nach-  
 zugehen, sondern auch solchen, „die nicht Kost und  
 Mollen erzeihen“ stark genug entwickelt ist.  
 Dem neugegründeten Gymnasium und seinem  
 Vorstande wollen wir das Beste wünschen, vor-  
 nehmlich in Anbetracht der jetzigen schwer-  
 wichtigsten Verhältnisse. Wir hoffen, daß  
 er den Stürmen dieser traurigen Zeit wür-  
 standhalten und nicht nur dem gegenwärtigen  
 Bedürfnisse, sondern auch den nachfolgenden

Ausbildung und Vervollkommenung vorstelle  
 wird. Daß dem Gymnasialverein ein freier  
 Stad bewährter Lehrkräfte zur Seite stehen soll.  
 ist selbstverständlich.

Der Baum ist gepflanzt. Mögen ihm treue  
Pfleger und Gottes reicher Segen beschie-  
den sein!

Wir pflügen wohl und streuen  
den Samen in das Land,  
doch Wachstum und Gedethee,  
das kommt von Gottes Hand.  
Er sendet Tau und Regen  
und Sonn' und Mardenschein,  
von ihm kommt aller Segen,  
von unserm Gott allein.

Registrierung von Kriegsverletzten  
fizieren. Gemäß dem Erlaß des Kriegsmini-  
steriums ist die sober Disposition für Kriegs-  
verletzten und Veteranenfürsorge zur Registrirung  
der Kriegsverletzten Offiziere polnischer Nationa-  
lität, die in der russischen und österreichischen  
Armee gedient haben, zwecks ihrer Pensionierung  
geschritten. Offiziere, die zu diesem Zweck regis-  
triert sein wollen, müssen folgende Ausweispa-  
piere vorlegen: a) aus der früheren russischen  
Armee: Zeugnis über die Staatszugehörigkeit,  
beglaubigte Abschrift des Dienstzeugnisses oder  
Ernennungsbrieves bzw. des Militärbuchs  
und ein Zeugnis der Disbehörde über den ge-  
genwärtigen Wohnsitz des Kriegsverletzten; b) aus  
der früheren österreichischen Armee: Zeugnis  
über die Staatszugehörigkeit, Dokumente der mili-  
tärärztlichen Untersuchungskommission der früheren  
österreichischen Militärbehörden bzw. die beglaubig-  
te Abschrift des Pensionierungsdekrets d.  
k. u. k. Kriegsministeriums oder des k. u.  
k. Ministeriums für Landesverteidigung, Zeugnis  
der Disbehörden über den gegenwärtigen Wohn-  
sitz des Kriegsverletzten. Sollten die Beweise  
über den Offiziersrang abhandengekommen sein,  
so muß der Kriegsverletzte zwei Zeugen, Staats-  
offiziere der polnischen Armee, stellen, die in  
einem Notar bestätigen, daß der betreffende  
Offizier in der russischen oder österreichischen Armee  
gedient und im Militärsdienst oder im Krieges-  
dienst ersatzfähig geworden ist.

**Die Lohnbewegung im Bodz.** Der Vorstand der Krankenhaushausgestellten hat f. B. den Magistrat neue Lohnforderungen gestellt. Der Magistrat, in der Person des Präsidien-Raschki und der Vertreter der Gesundheitsabteilung, verhandelte mehr als zehn Stunden mit den Vertretern des Krankenhaushauspersonals, welche Verhandlungen schließlich zu einem Ergebnis führten. Gegen den neu geschlossenen Vertrag wurde kein Protest laut, sodass angenommen werden mußte, daß alle ihn billigten. Als er aber unterschrieben werden sollte, erhoben die Vertreter des Krankenhaushauspersonals, Herren Majchysal und Sajda nicht. Diese Verhandlungsweise ist zu brandmarken, da sie Verhandlungen mit Delegierten unmöglich macht und Wege der Ausräuherrände herabzieht.

**Bolschewik** — eine schwere Beleidigung. Der Lehrer Henryk Rykowski von der Elementarschule in Głowno fandte am 30. Juni die Schülerin Kapsińska nach Hause, damit sie sich die Füße wasche. Tags darauf kam ihr Vater in die Schule und überhäufte den Lehrer mit Schimpfwörtern. U. a. nannte er ihn einen „Bolschewik“. Dafür hat sie sich Kapsińska eine Beleidigung eines Beamten während der Ausübung seiner Pflichten vor dem Gericht zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich schuldig. Der Angeklagte wurde jedoch durch Zeugnisaussagen der Tat überwiegen. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Wochen Haft und 100 Reichsmark Gerichtskosten.

Der Fluch auf Helmsbruck.

Roman von B. Göring.

1) (Nachdruck verboten).

## 1. Rapitel.

Der große Garten des Gutes Helmsbrunn schimmerte in herrlicher Blütenpracht. Im leichten Frühlingswind wehte schneeweisse Floden von den schwankenden Zweigen der zahlreichen Obstbäume. Die wohlgepflegten Rasenplätze prangten im ersten Grün, und in den Siskeln der Bäume bauten die Vögel zwitschernd ihre Nester. Ueberall begann sich neues Leben zu regen. — In dem düsteren Gemächern des Herrenhauses von Helmsbrunn war jedoch nichts von dem belebenden Frühlingshauch zu spüren, der die ganze Natur durchdrang. Im ersten Stock des Schlosses lag Frau von Rabenau, die verwitwete Besitzerin des Gutes, schwerkrank darnieder. Sie wußte, daß sie noch dem Ausbruche des Arztes, dem sie um schonungslosige Offenheit gebeten hatte, kaum noch auf Ersehung hoffen durfte. Im Angesicht des nahen Todes war sie damit beschäftigt, bei klarem Bewußtsein ihre letzten Anordnungen zu treffen.

An ihrem Krankenlager lag vor einem mit Schrengeräten bedeckten Tisch ein älterer Mann von freundlichem Aussehen. Es war der Hl. Doctor Alois Steiner, der seit Jahren der Getherrin als gewissenhafter Berater nicht nur geschäftlich, sondern auch persönlich nahe stand.

„So ist es also Ihr wohlüberlegter Entschluß, das vor fünfzehn Jahren aufgesetzte Testament zu ändern?“, fragte der Notar.

„Ja wohl“, erwiderte die alte Frau mit leiser aber doch fester Stimme.

Und während sie sich erschöpft in ihre Kissen  
zurücklehnte, flegten vor der einsamen Frau  
Bilder aus der Vergangenheit auf. Alles, was  
ihr das Leben an freudigen und schmerzlichen  
Ereignissen gebracht hatte, trat ihr noch einmal  
vor das Bewußtsein.

Sie sah sich als glückstrahlende junge Frau von einem Vergnügen zum anderen eilend, von ihrem Gatten auf Händen getragen und in der Gesellschaft als hervorragende Schönheit gefeiert. Sie sah sich einige Jahre später am Sterbebett ihres Mannes, der sie noch in jungen Jahren allein mit den Kindern zurückgelassen hatte.

Wie leicht hatte sie sich das Wort der Erziehung gebacht! Sie sah ihre beiden Söhne Horst und Walter als Knaben voll jugendlicher Willkür und Anmut, denen sie keinen Wunsch versagen konnte. Und neben ihnen ihre Tochter Antonie, ein süßes, mit wenig äußeren Reizen ausgestattetes Kind von verlässlichem Charakter. Während sie die beiden Knaben, die ihrem Befehl nahestanden, verzogen und mit Bärtlichkeit überhäufte hatte, war sie der liebebedürftigen Antonie eine fast heislose Mutter gewesen, an das empfand sie jetzt als tragische Schuld. Da hätte sie jetzt darum kämpfen, wenn sie die schwächterne Bärtlichkeit, mit der Antonie als Kind an ihr gesaugen hatte, in späteren Jahren hätte erwidern können.

Sorff und Walter hatten ihrem Mutterherze tiefe Wunden geschlagen. Beide waren leichsinnig veranlagt und heizten, zu Männern herangereift, das väterliche Erbe mit vollen Händen verstreuet. Und beide hatten sich der Mutter entfremdet, als sie ihren fortgesetzten Geldorderungen nicht mehr nachkommen konnte.

Forst, der ältere, war dann vollends auf die schiefte Ebene gerathen. Nur unter sehr schweren Opfern hatte Frau von Rabenau, um die Ehre der Familie zu retten, das Aeußerste von ihm abgewendet und ihm die Mittel gegeben, sich im Auslande eine neue Existenz zu gründen. Seit Jahren hatte er ihr immer nur dann geschrieben, wenn er neue Geldsummen brauchte, und als diese endlich ausblieben, hörten auch seine Briefe auf.

Auch das Verhältnis zwischen Frau von Madenan und ihrem Sohn Walter war ein fäh-  
 les geworden, seitdem er sich gegen den Willen  
 der Mutter mit der Tochter des reichen Ge-  
 treidekaufmanns verheiratet hatte. Sein Schwie-  
 gervater hatte ihm das Gut Adnäs gekauft  
 das Walter im Laufe der Jahre mit Schulden  
 überlastet hatte. Seit seiner Verheirathung hatt-  
 er sich auf Schloß Helmbrück nicht mehr sehen  
 lassen.

Frau von Nahenan wußte, daß ihre beiden Söhne sehr auf das mütterliche Erb vermehren und in der That hatte sie vor Jahren ein Testament aufgesetzt, in dem sie ihr Vermögen zu gleichen Theilen ihren drei Kindern vermacht. Nach den bitteren Enttäuschungen, die ihr das Leben gebracht hatte, war sie aber anderen Sinnes geworden. Und so hatte sie vor kurzer Zeit ein neues Testament abgesetzt, in dem sie ihre Tochter als Universalerbin eingesetzt, während die Söhne nur ihr Pflichten erhalten sollten. Für ihren Entschluß war die Bestätigung bestimmend, daß das Vermögen in den Händen der Söhne bald zertrümmert würde, dann aber auch der Wunsch, ihre Tochter Antonie für das Unerbte, das sie an ihr Alt-

Rind begangen hatte, wenigstens teilweise zu  
entschädigen.

Freudlos hatte Antonie von Rabenau  
legte Jahrzehnt neben der Mutter auf Schloß  
Selbstmord verbracht. Während sie als Kind  
und als junges Mädchen mit rührender Be-  
harrlichkeit um die Liebe der Mutter geworben  
hatte, war sie in den späteren Jahren miß-  
freud neben der Mutter einher gegangen, aber  
sie die Schuld daran theilhaft, daß sie nach  
ihrer vererbten Tugend den Weg zum Freileben  
und unbefangenen Lebensgenuss nicht weis-  
finden konnte. Sie erfüllte ihre Pflicht und  
war, als die Mutter erkrankte, mit doppel-  
ter Aufmerksamkeit um sie besorgt, aber der  
Strom liebevoller, kindlicher Thätigkeit, der  
sie einst durchdrungen hatte, war längst versiegt.  
Während Frau von Rabenau mit ihren Be-  
denken in der Vergangenheit weilt, hatte der  
Notar ihren letzten Willen zu Papier gebracht  
und las das Testament nun der Kranke vor.  
Es war ganz in dem von Frau von Rabenau  
gewünschten Sinne gefaßt. Nur am Schluß  
ließ die Kranke auf Verlangen des Notars noch  
die Bestimmung hinzufügen, daß für den Fall  
des Ablebens Antonies das Erbe an ihre Brüder  
sowie deren Nachkommen fallen sollte. Dann unter-  
zeichnete sie das Dokument und der Notar brach-  
te sein Amtssiegel darauf.

"Hoffentlich wird das Testament auch in der neuen Fassung noch viele Jahre durch uneröffnet bei mir in Verwahrung bleiben," sagte der Notar, indem er sich erhob und der alten Frau zum Abschied Hand reichte.

Zeichnung 1040



nach der Beobachtung des Optikers Herrn Witt  
 Saba, den 26. Febr.  
 Wetter: Schön  
 Temperatur Mittags 8 Uhr 1°  
 Mittags 1 " 8°  
 Nachmittags 1 " 7°  
 Barometer: 76 gefallener  
 Maximum: 8° Barom.  
 Minimum: 1° "



